

Die Constitution.

Tagblatt

für constitutionelles Volksleben und Belehrung.

Verantwortlicher Redakteur:
L. Häfner.

Motto: Freiheit und Arbeit!

Mit-Redakteure:
M. Grigner. L. Hauf.

N^o 91.

Wien, Donnerstag den 13. Juli

1848.

Wien. — Die Sitzungen des Verfassungstages haben begonnen. Noch kann man von einem Ergebnis nicht reden, da noch keine eigentlichen Geschäfte gemacht worden sind. Alles drängt sich auf die linke Seite des Saales, auf der rechten Seite sieht man, außer einer Zahl polnischer Bauern und Einigen, die auf der Linken nicht mehr Platz gefunden, wirklich nur sehr Wenige sitzen; dasselbe Verhältnis ist auf den Plätzen der Berichterstatter der Zeitungen. Es wird sich nun zeigen, ob die Gesinnungen derjenigen, die sich freisinnig nennen, entschieden genug sind, um die Früchte der Revolution nicht kleinlichen Bedenlichkeiten preiszugeben. Eine Revolution ist nun einmal ein Krieg der Geister und in jedem Kriege muß gewagt und geopfert werden. Die Zustände waren eben so geworden, daß sie nicht mehr vor den Gerichten gebessert werden konnten, und nicht nach den bestehenden Gesetzen, wenn man Gesetze nennen könnte, was nur einseitig zur Belastung Anderer gegeben war. Der Form und dem Namen nach hat früher ein rechtlicher Zustand bestanden, dem Wesen und Inhalt nach nicht. Es muß der leitende Gedanke des Verfassungstages sein, daß er einen inhaltigen, wahrhaften Rechtszustand erst zu schaffen hat, wie denn namentlich die bauerlichen Verhältnisse ihren Bestand aus der rohesten Gewalt und aus Zuständen herleiten, von deren Rechtlosigkeit wir gar nicht mehr eine Vorstellung haben. Es thut also in jedem Betrachte Noth, daß der Tag seine Aufgabe klar erkenne und eben so kräftig anfasse. Es wird gut sein, nicht zu viel zu sprechen, sondern mehr zu handeln. Lange Reden thun es nicht, sie machen die Sache nicht klarer, man vertröbelt damit nur die Zeit, und es ist Gefahr im Verzuge. Die gegen die Freiheit verschworne Reaction unterwühlt unausgesetzt unsern Boden und spinnt an ihrem Neze immerfort; der Sturz Pillersdorf's hat zwar einen Strich durch ihre Rechnung gemacht, und nicht umsonst hat er alle seine Künste aufgebietet, sich noch länger zu halten; aber die Gefahr ist nicht minder geworden, sie ist nur etwas hinausgeschoben. Wir fürchten sie zwar nicht, denn wir sind einig; aber wir hätten es vorgezogen, der Welt zu zeigen, daß Völker und Staaten ihre verdorbenen Zustände auch auf friedlichem Wege glücklich umbilden können. Es scheint, man will uns diesen schönen Ruhm nicht gönnen; es ist aber doch noch sehr die Frage, ob wir ihn verlieren werden. Der Volkstag, hoffen wir, ist entschieden mit uns und auch auf Dobblhoff's Redlichkeit können wir vertrauen. Wenn also wir, der Tag und das Ministerium einig sind — wer vermag etwas wider uns? — Aber wir

bitten die Vertreter des Volks, ihre Aufgabe fest anzufassen, denn nur, wenn sie mit Kraft und Selbstbewußtsein auftreten, können wir die Gefahr beschwören. Es handelt sich also darum, daß der Tag seine Geschäfte rasch beginne und sie mit Eifer fortführe. Die Prüfung der Wahlen muß in kürzester Zeit geschehen; da sie aber streng sein muß, so wird erfordert, daß die Mitglieder alle Zeit daran wenden.

Die Bevölkerung ist beunruhigt; sie fürchtet für die Freiheit des Verfassungstages, dem sie vertraut. Bisher war es ausschließlich die Aufgabe des Ausschusses, in solchen Fällen das Vertrauen wieder zurückzuführen; nun ist es auch am Reichstage, das Seinige zu thun. Es gilt nun, entschiedene Beschlüsse zu fassen und das Ministerium kräftig gegen die Reaction zu unterstützen.

C. Wintersberg.

Reichstags-Sitzung am 12. Juli.

An der Tagesordnung ist eine von mehreren Abgeordneten entworfene provisorische Geschäftsordnung. — In Folge des noch immer bestehenden Unsinnes und Unrechtes, Eintrittskarten zu vertheilen, ist die Gallerie wie der nicht voll besetzt. Mit Leidwesen bemerkten wir oft bedeckte Köpfe mithin einen Mangel an Achtung des Volkes vor sich selbst. Im Saale tagt das Volk, das souveräne Volk und jeder einzelne Mann aus dem Volke muß die ihm schuldige Achtung auch äußerlich betheiligen.

Herr Rudler ist impotent, die Verhandlungen zu leiten; er weiß, nie eine Frage, einen Paragraph, eine Verbesserung (Amendement), worüber abgestimmt werden soll, klar und entschieden hinzustellen, ja, er vergißt den Punkt, die Fassung anzugeben, über welche er die Abstimmung verlangt, so daß er bald von einem Secretäre, bald von dem erfahrenen Hrn. Fischhof eine Belehrung erhält, worunter die Würde des Vorsitzenden leidet.

Die Zahl der Anwesenden dürfte wie gestern 297 betragen haben. Heute gingen die Wogen der Verhandlung schon etwas hoch und deuteten auf den Sturm, der früher oder später mächtig losbrechen wird. Ueber die Bestimmung der deutschen Sprache als Geschäftssprache konnte nicht abgestimmt werden, sondern wurde zur Tagesordnung übergegangen. Fischhof, Goldmark, Smreker, Thinsfeld und andere wollen auf die Abstimmung bestehen, da eine Geschäftssprache angenommen werden müsse, und nur so der täglich wiederkehrende Streit vermieden werden

könne. Smrekler's kräftige Aeußerung: „Wir sitzen hier nicht als Provinzler, sondern als Abgeordnete der österreichischen Monarchie“ erregte lärmenden Beifall. Dr. Mayer aus Mähren, fürstl. liechtenstein'scher Secretär und dennoch liberal angelauten, erklärt sich warm und schön gegen die Abstimmung. Man wolle immerhin deutsch debattiren; es haben ja die 800,000 slavische Krainer nur Deputirte geschickt, welche der deutschen Sprache mächtig sind, er hoffe, Gallizien werde daselbe thun. Sawka Josef aus Gallizien, welcher auf der äußersten Rechten sitzt, gestern in Bauernkleidern, heute im schwarzen Frack erschien, bemerkte mit Leidenschaft, bloß die Herrschaften sind an der ausschließlichen Absendung der Bauern schuldig, da sie den Bauer bisher immer ausgefaugt haben; Gallizien werde immer nur Bauern schicken und unter diesen verstehe keiner deutsch. Jemand wollte, daß, welche nicht deutsch verstehen, sich der Abstimmung enthalten möchten, was mit Recht widerlegt wurde. Fürst Lubomierski auf der Rechten verlangt zur Tagesordnung überzugehen, worüber der Vorsitzende abstimmen lassen will und dadurch Unordnung erregt. Ein polnischer Geistlicher inmitten von Bauern auf der Rechten, wünscht seinen Landsleuten die Verhandlung öffentlich zu verdolmetschen, wogegen protestirt wird, und ein Anderer zehn Minuten Zeit zur privaten Verständigung verlangt. Nachdem Lubomierski's Antrag von zwei Mitgliedern unterstützt wird, erhebt sich auf der alleräußersten Linken Langie aus Krakau und verlangt ebenfalls Uebergang zur Tagesordnung. Er spricht gerührt und feurig: Wir wollen nicht kindisch trogen, unsere Anwesenheit beweist schon unsern guten Willen zur Verständigung. Man wolle ja nicht einen wunden Fleck berühren. So lange unser Gewissen und Interesse es erlaubt, werden wir uns über die Sprache nicht entzweien; doch wolle man keine bevorzugte Geschäftssprache aufstellen, um den Nationalstolz nicht zu reizen; sie werden deutsch reden. Lubomierski traut der deutschen Sprache zu viel Kraft und Bildung zu, um sich nicht auch ohne ausgesprochenen Grundsatz selbst zu erhalten. Nun begann ein Auftritt, welcher uns alles Weh und Leid Polens, die ganze Grausamkeit gallizischer Bureaucratie und Bauern mit dramatischer, tragischer Lebendigkeit vor Augen stellte. Sawka Josef will am Polnischen festhalten, weil sie wollen, was der Kaiser will; während seine Landsleute auf der anderen Seite, wohin er mit der Hand weist, vom Kaiser abfallen wollen. Wie Ein Mann und stürmisch erheben sich alle Polen auf der Linken, um zu protestiren und zur Ordnung zu rufen, wobei sie von Dr. Mayer kräftigst unterstützt werden.

Mit Bitterkeit haben wir bemerkt, daß der Vorsitzer aufgefordert werden mußte, den Sawka zur Ordnung zu rufen, welcher, als durch allgemeines Aufstehen darüber abgestimmt wurde, selbst mit aufstand.

Fischof wollte nun einen motivirten Uebergang zur Tagesordnung; hingegen Langie einfach übergehen. Er beschwört um Ruhe und Einigung; wenn die Interessen Troz gebieten, werde dieser durch Grundsätze und nicht durch die Sprache geboten werden. Wir hängen warm an Oesterreich, in jeder Sprache bleiben wir jedoch Polen, wir tragen Wunden, die noch nicht vernarbt sind. In dem Gleichgewichte der Interessen der Nationen liegt die Möglichkeit der Einigung. Da Fischof seinen Antrag zurücknimmt, wird mit 106 Stimmen gegen 82 zur Tagesordnung übergegangen.

Am Schlusse der Debatte über die provisorische Geschäftsordnung begehrt Sierakowsky, daß die Stelle, Seine Majestät um die feierliche Eröffnung zu bitten, dahin abgeändert werde, Seine Majestät oder den Stellvertreter zur feierlichen Er-

öffnung einzuladen. Fürster will den Stellvertreter gestrichen, da es Zeit sei, daß Se. Majestät unter uns, seine treuen Unterthanen, zurückkehre. Endlich wurde nachstehende Geschäftsordnung provisorisch angenommen.

§. 1. Die Geschäfte des Vorstandes der Reichsversammlung werden durch einen Vorsitzenden, zwei Stellvertreter desselben und sechs Schriftführer versehen.

Bis zur Constituirung des Reichstages und definitiven Wahl obiger Functionäre werden selbe provisorisch nach dem Lebensalter in der Art berufen, daß der Älteste als Vorsitzender, die beiden Nächstältesten als erster und zweiter Stellvertreter, die sechs Jüngsten aber als Schriftführer eintreten. Jedem Berufenen steht das Recht der Ablehnung zu.

§. 2. Zur Prüfung der einzelnen Wahlen und Bildung von Commissionen theilt sich die ganze Versammlung in neun Abtheilungen.

Als Grundlage der Abtheilung hat die administrative Abgränzung der vertretenen Gouvernements-Bezirke in der Art zu dienen, daß jede Abtheilung ein Bild des ganzen Reichstages im Kleinen darstelle, und daher Abgeordnete aus jedem Gouvernement nach Verhältniß der auf selbes im Ganzen fallenden Vertreter in sich enthalte. Die Abgeordneten jedes einzelnen Gouvernements stellen unter sich durch Loos neun Listen zusammen, deren jede annähernd den neunten Theil der aus dem betreffenden Gouvernements-Bezirke bereits hier angemeldeten Abgeordneten umfaßt.

Diese neun Listen werden für jedes Gouvernement in einer Urne gesammelt, und durch das Loos die Zuweisung jeder Liste an die einzelnen Abtheilungen entschieden.

Nachträglich sich Anmeldende werden nach der Reihenfolge ihrer Anmeldung zur Ergänzung der Abtheilungen zugewiesen, und die wegen weiterer Untheilbarkeit der Ziffer erübrigenden werden sodann durch eine nachträgliche Verlosung zugetheilt.

§. 3. Jede Abtheilung wählt aus ihrer Mitte alsbald mit absoluter Stimmenmehrheit einen Vorstand, einen Schriftführer und zwei Bericht-erstatler.

Der Vorsitzende der Reichsversammlung läßt die Wahl-Acten nach Abtheilungen derart ordnen, und an die Vorstände der einzelnen Abtheilungen übergeben, daß die erste Abtheilung die Wahlen der neunten Abtheilung, die zweite die Wahlen der ersten und so fort zu prüfen hat.

Zur Gültigkeit jeder Verhandlung in den Abtheilungen ist die gleichzeitige Anwesenheit von mehr als der Hälfte jener Mitglieder erforderlich, welche die Abtheilung bilden.

§. 4. Die Entscheidung über Gültigkeit der von den Abtheilungen geprüften Wahlen wird von der Reichsversammlung durch absolute Stimmenmehrheit gefaßt.

§. 5. Nach erfolgter Bildung der Abtheilungen wird zum Entwurfe einer definitiven Geschäfts-Ordnung eine aus neun Mitgliedern bestehende Commission gewählt, zu welcher jede der neun Abtheilungen aus ihrer Mitte durch absolute Stimmenmehrheit Ein Mitglied bestimmt.

§. 6. Sobald 192 Wahlen als gültig anerkannt worden sind, erklärt der Alterspräsident den Reichstag als constituirte und die Versammlung wählt den Präsidenten und die übrigen Functionäre, worauf der Präsident die dem Ministerium mit dem Ersuchen anzeigt, Seine Majestät zur feierlichen Eröffnung einzuladen.

Sodann bildete sich die Versammlung in neun Abtheilungen zur Wahlprüfung und zu Commissionen. Im Saale erfuhren wir über die Bildung des Ministeriums, daß auch das Justizministerium angenommen,

Erner das Unterrichtsministerium ausgeschlagen habe, von Schwarzer für den Handel, Stameg Mayer für Finanzen bestimmt sei. Dem Reichsverweser wurde eine Ministerliste zur Genehmigung nachgesandt.

Der deutsche Volkstag.

In Frankfurt wird eine allgemeine, für das ganze Deutschland gültige Handwerker- und Gewerbeordnung ausgearbeitet. Es wird sehr darauf ankommen, daß zur Ausarbeitung der betreffenden Gesetzentwürfe und Vorschläge Sachverständige aus allen Fächern beigezogen werden, warum der Volkstag von dem gesammten Handwerkerstande Deutschlands schleunig und dringend ersucht werden wird, damit die Beschlüsse mit der ausgedachtesten Rücksichtnahme auf die Interessen der Betheiligten getroffen werden. Denn vorzüglich bedarf der Handwerkerstand einer Versicherung darüber, daß der Handwerksbetrieb nicht etwa bloß dem Umfange nach von dem Fabrik- und größerem Gewerbsbetriebe verschieden werde betrachtet werden, sondern daß die künftige Gewerbeordnung auch den gesellschaftlichen Beziehungen eine zeitgemäße Rechnung tragen wolle, welche in dem Hause des Handwerkers zwischen dem Meister, den Gesellen und den Lehrlingen früher bestanden, und in denen die Fortbildung des Gewerbes wie der gesellschaftliche Zusammenhang der Gewerbetreibenden, ja der sittliche Zustand überhaupt, früherhin eine wesentliche Stütze gefunden hat.

Je mehr das Verhältniß der im Handwerke Arbeitenden sich der Stellung nähert, in welcher der Fabrikherr zum Fabrikarbeiter steht, desto unheilbarer wird der Miß werden, der das Glück der arbeitenden Classen zu vernichten droht. Die Neugestaltung der deutschen Lebensverhältnisse wird hierauf ein vorzügliches Augenmerk zu richten haben, und hier ist der Punkt, wo den Gesetzgebern des Reichs von Niemanden gerathen werden kann als von denen, die bei jedem Athemzuge den Druck des gegenwärtigen Zustandes empfinden. Hier kann nur der erfahrene Handwerker als Sachverständiger gelten; der Fabrikant, der Techniker an sich, der Mann der Wissenschaft hilft hier nicht aus; hier muß rathen, wer das Leben der Handwerker aus eigener Erfahrung kennt. Aber nicht bloß der Handwerker ist hier theilhaftig; alle Gewerbetreibenden umfaßt ein und dasselbe Interesse nach einer allgemeinen, alle Lebensverhältnisse in ihrem Kreise berücksichtigenden Gewerbeordnung.

Darum ihr Gewerbetreibenden in allen Gegenden Deutschlands, beschließt eine Adresse an den deutschen Volkstag, um die verheißene Berufung von Sachverständigen aus allen Fächern baldigst ins Werk zu richten, weil nur so eine wahrhaft heilsame, für das ganze Vaterland gültige Gewerbeordnung zu Stande kommen kann.

Die Rückkehr des Kaisers.

Als der Kaiser durch einen Plan, der gereift war in den Köpfen einiger Hochverräther, gezwungen wurde ohne seinen Willen Wien zu verlassen, als er nach Innsbruck seine Residenz zeitweilig verlegte, konnte ein Tiefblickender, in die politischen Intriquen mehr Bewandertes wohl bestimmt sagen, daß seine Rückkehr wohl nicht so schnell, vielleicht gar nicht mehr erfolgen würde. Und jetzt wird dieses auch Jedem klar, der nur einigermaßen die Verhältnisse ins Auge faßt. Der Herzendruck der Wiener nach dem Monarchen, der seit seiner Kindheit in ihrer Mitte gelebt, der selbst in den entscheidendsten Momente auf sein Volk vertrauend, sein gutes Herz sprechen ließ, die dynastisch-patriarchalische Neigung, die früher zwischen Volk und Monarchen vorhanden war, ist schwächer geworden, bei

vielen verstummt. Man hat damals noch Deputationen aus allen Gegenden des Landes abgesendet, um ihn zur Rückkehr zu bewegen, es war fruchtlos — und mußte es sein, weil er willenlos in den Händen der Camarilla war, ist und sein wird. Diese hätte man entfernen sollen, diese Glenden vernichten, und der Kaiser wäre gekommen — aber sie wählten sehr planmäßig Innsbruck zum Aufenthalte, weil dort in den Bergen die Jesuiten, die Aristokraten, die Camarilla ungeschert, ja fast g sichert durch das fanatisch dumme Volk, auf das sie rechneten, ihr Wesen treiben könnten. Nicht wie hier, wo ein freies, aufgeklärtes Volk seinen Thron umsteht, wo er jeden Tag die Stimme seiner Kinder hören konnte, nicht wie hier, wo die schädlichen Einflüsse mit der Zeit hätten schwinden müssen, nicht wie hier in seiner Residenz, ist dort in Innsbruck ein passenderer Tummelplatz für ihre schändlichen Bestrebungen. Dort, wo falsche, entstellte Berichte ihm ein Bild vorspiegeln, daß er erbebt, wo man ihn entfernt hält, bei der Berührung mit seinem treuen Volke, wo man ersterben macht die Stimme der Wahrheit, wo man zu seinem Throne nur nach der „Quarantaine gegen die Pest der Freiheit“ gelangen kann, wo die Personen sorgfältig aus dem Unrath des alten Systems der Lüge und Schlechtigkeit gewählt werden, die seine geheiligte Person umgeben dürfen. Sie haben dort den Monarchen in ihren Händen, und glauben dadurch das Kaiserreich zugleich zu besitzen, bis sie endlich, aber zu spät, entdecken werden, daß sie nur um eine Krone gespielt und — verloren haben.

Aber für das Wort sind sie nicht zugänglich, nicht ihr Gewissen ruft ihnen mahnend ein „Genug“ entgegen, nicht ihr Verstand, den sie unter „Schlechtigkeit“ verstehen, zeigt ihnen ihre eigene Gefahr, nicht die Stimmen von Millionen freier Bürger hören sie, und sehen nicht, daß ihr Tag zu Ende ist, weil sie eingeschlossen in die Berge der Finsterniß und in die Thäler des Aberglaubens und der Tyrannei nicht hinüber schauen in das Land, wo die goldene Sonne der Freiheit, der Aufklärung strahlt.

Sie erfahren der Dinge viel, die da vorgehen, sie hören täglich von verlorenen Schlachten, aber sie glauben nicht, daß es so sei, und sehen in ihrer Maulwurfsblindheit nur sich selbst und ihre, wie sie glauben, noch nicht verlorne Macht, deßhalb suchen sie zu verhindern, daß der Monarch heim kehre in die Stadt seiner Väter, und führen ihn als Talsman mit sich herum, damit ihr Leben dadurch gesichert, ihre racheftinigen Pläne ausführbar werden sollen.

Aber die Zeit hat den Sinn des Volkes umgewandelt, es ist sich seiner selbst bewußt geworden, es hat Mitleiden mit dem guten Manne und wünscht ihm Glück und Ruhe. Wien hat ihm zwei Minister zur Seite gestellt, die kämpfend Tag und Nacht gegen Weiberlist und Pfaffenruth dennoch eine glückliche Stunde fanden, wo sie zum Wohle der Monarchie, zum Wohle von Millionen die Unterschrift aus des Kaisers Händen bekamen, wodurch Erzherzog Johann zu seinem Stellvertreter mit unumschränkter Vollmacht ernannt wurde. Es war die letzte Möglichkeit die Kluft auszufüllen, die zwischen Volk und Krone lag, die einzige Rettung gegen den Feind der Camarilla; aber es wurde dadurch auch zugleich die letzte Wahrscheinlichkeit einer Rückkehr genommen, und wenn, wie sie sagen, die Gesundheit des Monarchen, dem dortigen Aufenthalt nöthig macht, wenn, wie sie sagen, er nur in ihrer Mitte „sicher“ ist, wenn, wie sie sagen, die Wiener es nicht verdienen, daß er zurückkehre, dann senden wir ihm einen herzlichen, freundlichen Gruß und müssen sagen: Tirol wie Innsbruck sind die Vendée und klein Koblenz geworden.

C. Gruner.

Wien. Wenn jemals Inconsequenz und Gefinnungslosigkeit auf die Spitze getrieben wurden, so hat das gegenwärtige Oberhaupt des preussischen Staates das Mögliche darin geleistet.

Es war eine blutige Zeit, die Zeit der Märztage, als die erwachenden Völker ihre Rechte zurück forderten, als der König von Preußen sie mit leeren Versprechungen hin halten wollte und ein blutiger Kampf der Getährten begann. Ein halbes Zugeständniß wurde gegeben, das Volk jubelte, da kam das Mißverständniß auf dem Schloßplatze, wo Kürassiere auf unbewaffnetes Volk flach einhieben, daß die Köpfe umherrollten, Barrikaden wurden gebaut und die bewaffnete Macht schoß mit Kanonen auf die treuen Berliner, während der ruhmvolle Prinz von Preußen eine Cigarre schmauchend aus einem Fenster des königlichen Palastes wohlgefällig an dem Blutbade sich weidete. Damals zeigte der König von Preußen der Deputation der Stadtverordneten die Bajonette seiner Soldaten in der Königsstraße und rief ihnen höhrend zu: „Diese Straße gehört noch mir!“ Es wendete sich der Stand der Dinge und auf der leichtenbedeckten Wahlstatt kam ein Scheinfriede zu Stande. Man zwang den König die erschlagenen Mitmenschen des im Purpur Gebornen in nächster Nähe zu schauen, und damals hat der König geweint! Er mußte bei dem furchtbaren Leichenbegängniß 285 auf seinen Befehl von ihren Brüdern gemordete Mitbrüder unter seinen Fenstern vorbeitrugen, und er entblößte sein Haupt vor den mahnenden Markzeichen beleidigter Volks-Souveranität. Er zog mit dreifarbigen Bändern wie ein Gaukler aufgepußt unter dem deutschen Banner durch seine getreue Stadt und verkündete den lieben Berlinern, er wolle sie an die Spitze der deutschen Bewegung stellen. Die Thränen, welche er damals geweint, waren nicht Thränen der Reue, nein, es waren Thränen der Wuth über den mißlungenen Streich, es waren diplomatische Krokodillstränen, geweint an dem Grabe des Absolutismus, der feierliche Umzug einer Budencomödie, das große Versprechen, eine große königliche Lüge!

Denn dieser König correspondirt insgeheim mit dem deutschen Erbfeinde, dem nordischen Knutenschwinger, er hält bei der großen Verschwörung der Volksverräter zu London einen eigenen Agenten in der Person eines Prinzen seines Hauses, er lehnt sich end ich der erste und einzige Fürst in Deutschland auf, gegen die Wahl eines Habsburgers und gegen die Gültigkeit und bindende Kraft der Beschlüsse der souveränen Nationalversammlung zu Frankfurt.

Die Minister benehmen sich seit längerer Zeit gegen die Nationalversammlung in beispiellos brutaler Weise, schulmeistern die Deputirten wie Zungen, und schlagen, wenn man von ihnen Wahrheit will, die Discussion frevelnd mit ihrer Autorität zu Boden. Der Ministerpräsident erklärt endlich, daß der König das Bedürfniß einer Executivgewalt einsehe, die Wahl des Erzherzogs Johann für jetzt, jedoch ohne alle Consequenzen für die Zukunft billige, gegen das Recht, Krieg und Frieden zu schließen, aber feierliche Verwahrung einlege, indem solches der Krone Preußen ausschließlich vorbehalten bleiben müsse.

Wohl hat ein kleiner Theil der Linken eine Erklärung über das gute Recht des Frankfurter Parlamentes eingelegt, aber es hatte kein Einziger in der ganzen Berliner Nationalversammlung den Muth, den Minister sofort wegen des Hochverraths, gegen die einzige, oberste Gewalt in Deutschland, die Repräsentation des souveränen Volkes anzuklagen, ihm kurz und bündig zu erklären, daß der König durch solche fortgesetzte Treulosigkeiten das Ansehen seiner Krone bedenklich erschüttere, und daß auch er unter dem Gesetze stehe, welches als Grundlage neuer Zeit, die Einheit Deutschlands prokl. mirt habe. Es ist die Zeit vorüber, wo man

Völkerglück den engherzigen dynastischen Interessen opferte und die Wahrheit hat man erkennen gelernt, daß man Individuen wechseln könne, ohne den Thron zu stürzen.

Der König von Preußen hat keine Sympathien, in Blut hat er die letzte ertränkt. Der König von Preußen hat die Achtung seiner Völker verloren, denn er hat sie durch seine Charakterlosigkeit verwirkt. Die einzige Möglichkeit, seine Person auf dem Throne zu erhalten, liegt in der genauen Befolgung dessen, was ihm durch die Organe des Volkes zu Frankfurt und Berlin als Wille der Nation und daher Norm der Regierung angezeigt wird. Erweist er sich auch untauglich zu den Functionen eines constitutionellen Fürsten eines Theiles von Deutschland, so sind die letzten Gründe gefallen, auf welche er die Beibehaltung seiner Person zu stützen im Stande wäre und der constitutionelle Thron dürfte als durch Unfähigkeit des Vorgängers erledigt, seinem Nachfolger übertragen werden. Er hat seinen volksfeindlichen Plänen bereits ein Ministerium geopfert, leicht wäre es möglich, daß die Nationalversammlung ein Recht der Wiederbergeltung ausübe.

Niederhuber.

Aristokratische Wühlerei.

Ein gewisser Herr Wurmbrand, seines heraldischen Zeichens ein Graf, erfrecht sich, in dem constitutionellen Blatte für Böhmen gegen ein Volksinstitut, gegen unsern Ausschuß zur Wahrung der Volksrechte seinen schwarzgelben Geifer auszulassen.

Wir erlauben uns Seiner hochgräflichen Gnaden ins Gesicht zu lachen und ihm zu rathen, er möge sich das Bild von Kanfil kaufen, das in unsern Gassen herumgetragen wird: „der Bulldogg und die Hunde,“ (aus Zimperlichkeit unterdrücken wir das diesen Hunden vorangehende Eigenschaftswort) und er wird sehen, daß wir solches Treiben gehörig zu würdigen wissen.

Nicht um diesen geifernden Herrn Wurmbrand zu widerlegen (diese Leute „die nichts gelernt und nichts vergessen haben,“ kann man nicht widerlegen) sondern um unsern Lesern, die wir in dieser ernsten Zeit fortwährend mit ernstern Dingen zu beschäftigen genöthigt sind, auch einmal eine Belustigung zu verschaffen, führen wir einige Proben hochadeliger censurfreier Weisheit an.

Gleich anfangs ist er mit der Provinz da und hegt im Innsbrucker Geschmacke, daß „wenn es wahr sei, daß Erzherzog Johann den Wunsch geäußert habe, der Sicherheitsauschuß in Wien möge noch durch die Dauer des Reichstages in Permanenz bleiben, sich das Ministerium wahrlich nicht wundern darf, daß dieser neue Beweis von Servilismus nach unten, und dieser Mißbrauch eines kais. Prinzen, um den Servilismus recht öffentlich auszusprechen, ein gränzenloses Staunen in den Provinzen erwecken, und jeden Zweifel über die namenlose Schwäche des Ministeriums (wenn ein solcher irgendwo etwa wirklich noch bestehen sollte) vollkommen schwinden machen muß.“...

Der Sicherheitsauschuß zur Wahrung der Volksrechte „soll nur Polizei, und zwar nur Polizei für Wien sein.“ Ja freilich, das wissen wir, daß die „Volksrechte,“ wie ihr sie versteht, nur in den Polizeiakten bewahrt sind, daß ein Polizeistrafgesetzbuch auch die liebste Magna Charta sei, die ihr uns vergönnet möchtet und daß euch Polizeicommissäre die besten Volksverräter dünken.

Nun beliebt es dem heraldischen Weltweisen eine ganz nagelneue Theorie zu Markte zu tragen.

Eine hochgeborne Weisheit hat nämlich die Entdeckung gemacht, daß

unsere Revolutionen eigentlich nichts anderes sein, als jüdische Spitzfindigkeiten — nicht die Franzosen haben den Louis Philipp davon gejagt, sondern die Juden; nicht wir haben die unerhörte Schmach von Desterreichs Volk gewälzt, daß es sich durch Menschenalter hindurch von Leuten aus unsres heraldischen Weltweisen Kaste treten ließ — sondern die Juden; die Juden haben den 15. Mai gemacht, die Juden haben den 26. Mai gemacht. Unser Ausschuß ist ein terroristisches Judeninstitut; die freie Presse ist ein wühlerisches Werkzeug der Juden; und der edle Graf versteigt sich zu der Bedlamsidee: „daß möglicherweise die Juden noch vor dem Ende des Jahres 1848 das befreite Jerusalem auf den Trümmern von Deutschland und Oesterreich aufbauen, und wir uns dann nach Jahren von Blut und Elend wieder glücklich fühlen können, wenn wir von irgend einem Imperator wieder in den schmählichen (!) Zustand hineingeträngt werden, in welchem wir daselbe Jahr des Heiles 1848 begrüßten.“

Was eigentlich der Zweck dieser hochgeborenen Theorie (der Thurm in der Alservorstadt ist auch hoch und manches wird darin geboren) will uns nicht recht klar werden. Will man die Juden gegen uns, oder uns gegen die Juden hegen? Soviel ist gewiß, daß man die Revolution und den aus ihr hervorgegangenen Ausschuß auf die besthüchlichste Weise nicht junkerlich beschimpfen wollte. Aber fragen wir, warum diese Ziererei? Warum erklärt eine hochgeborene Weisheit nicht ohne alle Umstände: unser Ausschuß ist — eine Räuberbande und sein ehrlicher gutmüthiger Präsident, der leibhaftige wiedererstandene Rinaldo Rinaldini? Das wäre doch dafür gestanden, das hätte doch etwas ausgegeben, da hätte man doch den unschuldigen harmlosen Leutchen in Innsbruck eine Freude machen können! Hohenbruck und Somaruga haben sich da schon viel ungenirt benommen.

Was hatte eine hochgeborene Weisheit zu befahren, daß sie die Farben nicht dicker aufgetragen? Etwa einen Preßproceß? Pah! ertönt sie doch in Prag, und begeistert sie doch das Volk, welches, da es nicht aus lauter Baronen besteht, nach dem Ausspruch des neuen Wallenstein noch nicht zu den Menschen gezählt werden kann!

Hiermalhunderttausend Menschen sind zwar der unmaßgeblichen Meinung, daß dieser Ausschuß, durch ihre eigene Wahl aus ihrer Mitte hervorgegangen, viel von den besten Kräften des Wiener Bürgerthums in sich schließend: das allgemeine Vertrauen genießt; daß es ferner diesem Ausschuß gelungen, seit dem 26. Mai unter den schwierigsten Umständen trotz aller aristokratischen Wühlereien, ohne all den bantrutten Polizeiwirren, ohne Schergen, Büttel und Haselstöcken, ohne Kerker, ohne Meldezettel und Aufenthaltungsverzürungen, ohne Hausuntersuchungen, ohne Fremdenjagd, ohne alle Behelligung friedlicher Menschen, ohne Standrecht, ohne Strang und Strick und Beil und Block, kurz ohne einen blassen Schein von Montecucculismus „Ruhe, Ordnung und Sicherheit“ aufrecht zu erhalten, wie es noch keiner hochadelig geleiteten fanghundartigen spürnässigen, stoß- und schußfertigen Polizei auf der ganzen civilisirten Erde, seit dem Tage an dem diese schöne Erfindung gemacht wurde, gelungen ist. Daß ferner derselbe Ausschuß die Volksrechte gegen alle Intriguen und Ränke und beabsichtigten Staatsstreiche der Camarilla gewahrt habe, und als ein jesuitischer heuchlischer Minister uns wieder an die Schwelle einer Revolution geführt, derselbe Ausschuß sein durch sittliche Kraft gewaltiges „Bis hier her“ ihm als moralische Barrikade entgegengestellt und dadurch von Wien und Oesterreich und vielleicht vom ganzen deutschen Vaterlande großes Unheil abgewendet habe. Aber was ist eine unbedeutende Meinung von 400,000 Wiener Gesindels gegen einen gräflichen Zeitungsartikel im constitutionellen Blatte in Prag?

Uebrigens thut die hochgeborene Weisheit aus lauter Verdächtigungssucht den Juden als Gesamtheit die unverdiente Ehre an, sie alle als wühlerisch (das heißt freisinnig), zu bezeichnen. — Bei einem hochgeborenen Grafen hätte man bessere Bekanntschaft mit jüdischen Bantiers voraussetzen können, als daß er nicht hätte wissen sollen, wie diese Herren in schwarzgelber Farbenpracht noch manchem Camarillabelden in Innsbruck etwas vorausgeben können.

Daß diese Partei auch gegen den verehrten Reichsverweser ihre Ränke schmieden wird und schon jetzt von der „Mißbrauchung eines Prinzen“ spricht — das nimmt uns nicht im geringsten Wunder — bei uns in Wien kennt man diese Ränke.

Aber warum sollen wirs den armen Blaublütigen, denen die freie Presse schon so viel Kummer und Sorge gemacht, nicht gönnen, auch einmal eine Freude damit zu haben, indem sie censurfrei ihre Galle gegen uns ausschütten?

R—ft.

Wien. — Das Zwischenpiel, das am 10. in der Abend Sitzung des Ausschusses aufgeführt wurde, läßt sich nur ein sehr verunglücktes nennen. — Der Wahrheit die Ehre. Herr Scherzer hätte durch sein Gebahren an diesem Abende der guten Sache unendlich schaden können; übrigens wissen wir auch nicht einmal, wie die Wirkung eigentlich gewesen ist. Der Fehler lag schon in der Veröffentlichung des Vorfalles, ohne daß man die Sache genauer untersucht hatte; Herr Scherzer wiederholte und verdoppelte den Fehler. Wir alle sind nicht da, um uns mit den Soldaten zu zanken und zu schlagen, sondern um uns mit ihnen zu vereinigen für das allgemeine Wohl, denn wir sind alle Kinder Einer Mutter, Eines Landes. Wir sprechen unser urmenschliches, unverjährbares Recht an gegen den Adel; warum kämpfen wir nicht bloß mit den Waffen des Rechtes, der Vernunft gegen seine Ansprüche? — Angegriffen werden wir uns zu verteidigen wissen, leider nur gegen Mißbräuche aus unsrer eigenen Mitte, da der Adel doch nur ein kleiner Bruchtheil des Ganzen ist. Man könnte sagen, daß seine Anmaßung desto beleidigender sei; es ist aber vielfach Vorurtheil, was die Adeltigen beherrscht, und die Schlechtesten möcht' ich jedenfalls die nennen, welche sich ihnen verkaufen, um ihnen ihre Kenntnisse zur Verfechtung ihrer Anmaßungen zu leihen.

Die Erkundigung hat bei jenem Vorfalle ergeben, daß das Verfahren des Officiers den soldatischen Dienstregeln gemäß war; hätte man diese Erkundigung sogleich eingezogen, so hätte man sich viel Unangenehmes erspart und hätte nicht noch obendrein Zündstoff geliefert, wo eine böse Partei ohnedies immer schürt und hegt. Die Tagblätter sollten sich überhaupt hüten, jedes Gerücht und Gerede, das ihnen zugeht, sogleich in ihre Spalten aufzunehmen. Wenn es sich später zeigt, daß es eine Lüge, oder wenigstens Irrthum, so kann es nicht anders als schädlich wirken. Es gehört überhaupt Urtheil zum Publicisten, denn es gibt allerdings Gerüchte, die, weil bezeichnend, auch wenn sie als unwahr erkannt sind, mitgetheilt werden müssen.

Es wird zwar behauptet, ein Parteimann müsse mit seiner Partei durch dick und dünn gehen; in diesem Sinne mag ich aber nicht ein Parteimann sein. Ich bin es aber in dem Sinne, daß ich an einem bestimmten Gedanken halte und zu dessen Verwirklichung zusammenwirke mit Allen, in denen er lebendig ist wie in mir; meinen Gedanken werde ich nie verlassen, aber ich werde nicht blind sein gegen die Fehler, Mißgriffe und das Unrecht Einzelner. Ich werde immer der Wahrheit

Zeugniß geben. Man sagt zwar, das könne einer Partei schaden, ich glaube nicht. Wenn wir Unrecht haben, werden wir am wenigsten unsre Gegner überreden, daß Unrecht Recht sei; wenn wir aber der Wahrheit Zeugniß geben, sogar gegen uns selbst, müssen wir die Achtung selbst eines ungerechten Gegners gewinnen; wer aber seinem Gegner Achtung abgewonnen, hat schon halb gesiegt. Es ist an uns, unsern Gegnern Achtung einzulösen. Was sie Recht nennen, ist zwar etwas Anderes, als was uns als solches gilt; am Ende sind sie aber doch auch Menschen wie wir, fühlen wie wir und denken nach denselben Gesetzen wie wir. Sie mögen also Recht nennen, was sie wollen; eine innere Nothwendigkeit zwingt sie dennoch, diejenigen zu achten, die nicht bloß in Worten, sondern im Leben und Thun das Rechte festhalten. Es ist eben eine neue Zeit, die begonnen hat, und die wir festhalten und fortführen sollen — eine Zeit der Wahrheit und Gerechtigkeit. Lasset sie uns immerhin Thoren und Träumer schelten; dieser Traum, möchte man sagen, ist mehr werth als ihr Wachen. An uns ist es, durch unser Handeln zu zeigen, daß die Hoffnung aller Besseren nicht ein Traum ist.

E. Wintersberg.

Ungarn.

Die Könige haben mit den Völkern lange Zeit „Versteckens“ gespielt und die goldene Freiheit so schlau zu verbergen gewußt, daß sie nirgends, nirgends mehr zu finden ist. Freilich laufen die Völker jetzt ängstlich von einer Staatsform zur andern und reißen alle Hüllen und Schleier hinweg; — aber leider zu spät werden sie gewahr, daß die Freiheit gar nicht hinter Staatsformen steckt; im Volke wurzelt und wohnt sie, und nur durch dasselbe kann sie gewahrt und beschützt werden. Es liegt nicht sehr viel Vernünftiges darin, wenn man dasjenige, das einem theuer ist, fremden Händen anvertraut, um es gesichert zu wissen. Der rechte Mann hilft sich selbst. Was die Völker heutzutage in tausenden Adressen von ihren Fürsten verlangen, das sind Nationalanschätze, die sie gar niemals hätten aus ihren Händen geben sollen. Geschwornengerichte, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens, Pressfreiheit, Association, freie Communalverfassung, Sicherung der persönlichen Freiheit, gleichmäßige Vertheilung aller Lasten und Steuern, Aufhebung der Feudallasten, selbstständige Verwaltung des Gemeindevermögens u. s. f. sind an und für sich so klare Volksrechte, daß sie fortan kein europäischer Fürst wird hintanzuhalten wagen. Man kann dieß den Schwachen und Schwankenden nicht oft genug wiederholen, damit in ihrer Brust jeder Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieser Forderungen besiegt und ihr kurzathmiger Muth auf die Dauer gestählt werde. Die echte Staatsweisheit führt folgenden Spruch zur Devise: „Gebt dem Volke, was des Volkes ist, und dem Kaiser nur was ihm gebührt.“

Wie sich die Lage der Dinge in Ungarn heute herausstellt, dürfte in letzterer Beziehung freilich nicht zu viel, in ersterer aber leicht zu wenig geschehen. Wenn man dem Gang der Ereignisse daselbst einige Aufmerksamkeit schenkt, so stellt sich die Lehre heraus: „Ein Volk, welches glaubt, die Freiheit nur für sich anstreben zu müssen, hat dieselbe noch gar nicht erkannt und wird sie auf diesem Wege auch niemals erringen.“ Es ist etwas wahres daran, wenn man behauptet, nächst den Engländern seien die Magyaren das seltenste und intolleranteste Volk in

Europa*). Ungarn so wie England, ermangeln nicht vieler freisinniger Institutionen und in den Tagen der Völkerschmach und Knechtung schien das Sonnenreich ein letztes Asyl zu sein; aber heute, wo die Pläne aller politischen Parteien theils sich offen darlegen, theils auch sich unschwer durchblicken lassen, heute hatte der Egoismus der Magyarromanen, welche derzeit am Staatsruder sich befinden, heinasse alle Sympathien der Liberalen verwirkt. Nicht für die allgemeine Freiheit, nicht für aller Völkerglück, nicht für den unbedingten Fortschritt, nur für sich kämpfen die Magyaren. Als der Reichstag noch in Preßburg beisammen saß, machte ein Theil der Landesvertreter Opposition gegen Metternich und dessen System. Aber in wessen Interessen geschah dies? Im eigenen, und nicht in der der Alles umfassenden Freiheit. Alle Hebel wurden in Bewegung gesetzt und selbst nicht unbedeutende Opfer gebracht, um die Zwecke der Opposition, und eben nur dieser, zu erreichen. — Rossuth eilte nach Wien, um hier die Bewegung anzufeuern, weil mitten im Sturm, der den Thron zu erschüttern schien, die separatistischen Tendenzen freieren Spielraum gewinnen konnten. Da, mit einem Male brach im eigenen Lager, in Pesth, genährt von dem radicalen Clubb, eine mächtigere Gefahr aus: die Liberalen und echten Volksfreunde erhoben ihr Haupt. In ihren Beratungssälen erzitterten die Magnaten und Oppositionsmänner. Rossuth selbst desavouirte in vorhinein Alles, was in Pesth im Interesse der Freiheit geschehen könnte, indem er auf die Nachricht der dortigen Vorgänge ausrief: „Eine Stadt ist nicht das ganze Land, man muß diese Bewegung unterdrücken.“ — Treu diesem Grundsatz riß diese Oppositionspartei, die nur zum geringsten Theile die ganz liberalen Elemente in sich faßt, die Zügel der Regierung an sich und befindet sich jetzt auf dem Wege, ihrem Ziele mit vollen Segeln zuzusteuern. Der Sprachenkampf allein war es, der vor mehreren Jahren die Deutschen, Slaven, Romanen und andere Völkerschaften Panoniens feindlich einander gegenüber stellte, und das Schiboleth der „Gleichheit und Brüderlichkeit“, das die Magyaren vor vier Monaten im Munde führten, klang wie Hohn, zu einer Zeit, wo wie in England, der eine Volkstamm den andern zu knechten und von dem Genuße gewisser Rechte auszuschließen suchte, — heut zu Tage freilich, wo ihre Existenz durch die Erhebung der slavischen Partei bedroht scheint, bekennen sie mit der Lippe wieder das Dogma einer allgemeineren Völkerfreiheit; aber es wird nicht leicht sein, die Schwergläubigen von der Aufrichtigkeit dieses Bekenntnisses zu überzeugen.

Die Nationalversammlung in Pesth ist seit dem 4. d. M. eröffnet; aber in zwei Kammern wird getagt und die Magnatentafel, welche den Namen „Oberhaus“ angenommen hat, hat beschlossen, sich zu reorganisiren, damit, wie es in Böthi's Antrag heißt, „sie nur fortbestehen könne.“ Also ist es bereits abgemachte Sache, daß sie fortbestehen müssen und solle?

Freiheit und Arbeit.

Um endlich einmal dahin zu gelangen, daß der Bürger Freiheit und Arbeit zusammen hat und ihm nicht die Freiheit nur dazu bleibt, arbeitslos zu verhungern oder aus seinem Geschäft zu gehen, um zu Erarbeiten seine Zuflucht zu nehmen, so erwarten wir, daß folgende Punkte von dem Ministerium der Arbeiten besonders berücksichtigt werden:

*) Rußland gehört nicht zu Europa, darf nicht dazu gezählt werden, und culturfreundliche Geographen werden auf den nächsten Karten Europa's dessen Gränzen um einige Grade mehr nach Westen fallen lassen.

1. Darf die Ausschreibung von Arbeiten in der Art und Weise, wie dieselbe bisher Statt fand, nicht mehr fortgesetzt werden.

Wenn bisher eine Arbeit zu vergeben war, so schätzte man sie zuerst durch Sachverständige? bis auf 1 Kreuzer ab, berechnete jeden Ziegel, jeden Fuß Holz, jedes Stück Eisen und jedes Stück Leder so genau als möglich und forderte dann, daß die Bewerber solcher Arbeiten nicht etwa nur Handwerker oder solche, die das Geschäft treiben, als: Schlosser, Tischler, Maurer, Schneider, Schuhmacher, Ziegelbrennereibesitzer u. s. w., sondern auch solche, die gar nicht wissen, was Arbeit ist, und die die Arbeit Anderer nur als die Quelle ihrer Reichthümer kennen, auf ihre Anträge versiegelt einzureichen und sich des Zuschlags zu gewärtigen, natürlich unter Vorbehalt desselben, um dadurch der Protection und den Fünftelgeln und Hunderten, welche nicht selten an Einzelne Beamte einliefen, die Hintertür zu öffnen.

2. Muß die zu vergebende Arbeit durch wirklich Sachverständige, worunter aber auch die betreffenden Handwerker zu begreifen sind, abgeschätzt werden.

Nachdem die Arbeiten abgeschätzt sind, kann von den Mindestfordern den durchaus keine Rede mehr sein, denn wie ist es möglich z. B. eine Arbeit, bei welcher das rohe Eisen zu 5 fl., das Verarbeiten desselben als zu Schlosser, Riegel u. s. w. zu 10 fl. und das Anschlagen derselben in den Gebäuden zu 3 fl. geschätzt ist, von Sachverständigen, wie ist es möglich, frage ich, diese Arbeit um 16 fl. zu liefern, entweder muß dieser Schlosser den Eisenhändler betrügen, seine Gesellen schinden oder über kurz oder lang bankrott werden, jedenfalls aber ist es die Aufgabe einer guten Regierung, jeden dieser Punkte zu verhindern.

3. Darf die Arbeit nur an Handwerker und Fabrikbesitzer vergeben werden!

Wie die Sachen bisher standen, so geschah es sehr selten, daß ein wirklicher Arbeiter bei einer Arbeit, welche im Licitationswege vergeben wurde, sich theilnehmen konnte, im Durchschnitt fiel eine derartige Arbeit den Geldspeculanten in die Hände, diese vertheilten dann die Arbeit erst an die kleinen Geschäftsleute, wovon ihnen der Spängler, der Tischler u. s. w. schuldete, schrieben denselben die Preise vor und bewirkten so unter Beziehung fürchtbarer Procente die systematische Verarmung aller nicht mit einem bedeutenden Vermögen ausgerüsteten Geschäftsleute.

4. Darf von den die Arbeit Uebernehmenden durchaus keine Caution oder Neuegeld verlangt werden, um dadurch auch den unbemittelten Arbeitern die Arbeit möglichst zu erleichtern.

Sobald die Arbeit abgeschätzt ist, und nicht etwa unter den Schätzungspreis den Gewerbetreibenden durch die Arbeitsnoth aufgedrungen wird, so werden die Behörden niemals in den Fall kommen, den Uebernehmer von Arbeiten zu denselben zu zwingen, da sich gewiß eine Masse melden werden, um derartige Arbeit zu übernehmen und sich nicht durch den oft sehr elenden Preis, den sie sich selbst stellen, veranlaßt sehen, selbst mit Verlust ihrer Caution die Arbeit liegen zu lassen.

Und 5. muß die Arbeit an möglichst viele kleine Gewerbetreibende vertheilt werden.

Der Vortheil, welcher daraus erwächst, daß auch unbemittelte Handwerker sich ohne weiteres an derartige Arbeiten theilnehmen können, ist unberechenbar für beide Theile, für den Handwerker in den Fall, daß er gewiß weiß, wann er sein Geld bekommt, welches bei Privatarbeiten selten der Fall ist, und für die Behörden, daß sie außer im Durchschnitt Meiner Arbeit, da in kleinen Werkstätten eine bei weitem leichtere Con-

trolle des Meisters möglich ist, auch endlich einmal den Nothstand der unteren Klassen vermindern und dadurch den gänzlichen Untergang so mancher braven und fleißigen Bürger vorbeugen, welche den Wucher in die Hände gefallen, sicher Bettler werden müssen. Th. Sennert.

Tagsgeschichten mit Randglossen.

Tagesordnung des frommen Herrn Brandis in Tirol.

(Erzählt von einem wegen Verdachtes zum Versuche Freiheitsgedanken zu hegen verabschiedeten Kammerdiener.)

In der früh um 5 Uhr steht der fromme Herr Brandis auf, schlief in Pantoffel und Schlafrock und betet 3 Vaterunser; hierauf kommt eine fromme Schwester aus dem Bunde zum Herzen Jesu und bringt eine Einbremsuppe mit Kimm.

Hierauf liest der fromme Herr Brandis 3 Capitel aus dem Buche Thomaso a Kempis und eine politische Fabel von Ebersberg.

Hierauf kleidet sich der fromme Herr Brandis an, unterschreibt einige sehr fromme Polizei-Decrete und hält bei einer Spirituslampe ein Auto-dafec über verschiedene Wiener liberale Blätter, die ihm eigens dazu abgerichtete Spürhunde apportiren.

Dann geht der fromme Herr Brandis ins Jesuitenloster — was er da thut, ist ein diplomatisches Geheimniß. . . .

Mittags kehrt er vom Jesuitenloster heim in Begleitung von zwei frommen Vätern.

Vor Tisch kniet der fromme Herr Brandis auf einen Bettschemmel, rechts ein Jesuit und links ein Jesuit, und sie beten zum heiligen Gabriel um Befreiung der Welt von allen revolutionären Uebeln und um einen guten Appetit.

Bei Tisch sßt der fromme Herr Brandis auch wieder zwischen seinen zwei schwarzen Schuhschellen, wovon ihm jeder den Psalm: „Herr vertilge alle Wähler und verhilf den Schwarzgelben zum Reiche“, 13 Mal verliest.

Nach Tisch setzt sich der fromme Herr Brandis in den Lehnstuhl, liest den zweiten leitenden Artikel von Ebersberg, sorgt dann für das Wohl des Landes — und schläft ein.

Nachmittags geht der fromme Hr. Brandis zur Abwechslung wieder ins Kloster und was er da thut, ist wieder ein diplomatisches Geheimniß. . . .

Abends läßt sich der fromme Hr. Brandis wieder eine Einbremsuppe mit Kimm von einer frommen Schwester aus dem Bunde zum Herzen Jesu bringen, liest den Rest von Ebersbergs Zuschauer, sorgt noch ein klein wenig für das Wohl des Landes und lehnt sein frommes Haupt auf weiche Kissen zum sanften Schlummer.

Nur am Freitag ist es anders; da thut der fromme Hr. Brandis Buße, hüllt seinen Leib in Sack, streut Asche auf sein Haupt, fastet, und läßt sich zu noch größerer Marter und Seelenpein einen Wiener Studenten kommen, der ihm den ganzen Tag lang das gottlose radikale Blatt „die Constitution“ vorlesen muß.

Das ganze Personal der französischen Gesandtschaft in London ist jetzt ganz verändert und so klein und sparsam wie immer möglich eingerichtet. Bei uns ist der Gesandtschaftspallast in fremden Residenzen noch ein sehr kostspieliges Versorgungshaus für hochadelige Marodeurs. Eine Reform dieser verwitterten auswärtigen Diplomatie scheint jetzt aber kaum jeer Mühe werth, da sich Oesterreich wie alle anderen deutschen Staatsgebiete nur durch die Abgesandten der deutschen Centralregierung im Auslande

wird vertreten lassen können. Ein paar junge Millionen jährlich dürften dadurch erspart werden.

Der Polizeipräsident Minutoli in Berlin hat abgedankt, weil er — wie er sagt — mit der Reaction nicht fertig werden kann. Solch ein Wort ist noch nicht aus einem Polizeimunde gekommen! — Hingegen ist in dem polizeidunkelmännischen, dunkelnden Dunker der Polizeiteufel so lebendig geworden, daß er plötzlich wie besessen zum Fenster hinausprang und das Genick brach.

Es verlautet, daß sich unsere taubstumme Akademie der Wissenschaft, das jüngste Kind Metternichscher Laune, reorganisiren will. Sie hat in ihrer kurzen sonnambulischen Lebenszeit noch sehr wenig Mühen gehabt — sie möge sich auch diese ersparen — und seltsam im Bewußtsein, ihre Sendung erfüllt zu haben, entschlummern. Die Zerstückelung Deutschlands soll auch in diesem Punkte aufhören. Wir wollen keine k. k. österreichische, königlich-preussische, königlich-baierische Akademie, sondern ein großes deutsches Nationalinstitut — eine echte Vertreterin deutscher Wissenschaft — eine deutsche Akademie der Wissenschaften!

R u s t.

Beweis bureaukratischer Brutalität, Unverschämtheit und Anmaßung.

Am Tage der ersten Versammlung der Reichstagsdeputirten, Montags am 10. wurde mir im k. k. Stallburgsgebäude im ersten Stocke auf mein Ansuchen eine Eintrittskarte auf die obere Gallerie ohne Widerrede erfolgt. Gestern wiederholte ich meine Bitte in der Ueberzeugung, sie werde wieder ohne Anstände erfüllt werden. Jener Beamte aber, welcher mir Montags die Karte erteilte, fuhr mich mit diesen Worten zurückweisend an: ihnen gebe ich keine, sie haben gestern eine erhalten. Betroffen über diese brutale Abweisung fragte ich ihn: ob er nur Eintrittskarten vertheilt, um das Arrangement des Saales besichtigen zu lassen, ob der Hauptzweck den Verhandlungen bei zu wohnen gar nicht berücksichtigt wird? worauf er im bellenden Beamtentone brüllte: Der Platz ist zu klein, man muß für Mehrere bedacht sein. Ich erwiederte, warum hat man keinen größeren angewiesen? Solche Gebäude zaubert man ja aus der Luft her, entgegnete seine Kohheit, und er lehrte mir den Rücken. Solche Behandlung muß man sich nicht nur in allen Bureaus von den meisten Beamten, sondern selbst bei so wichtiger Gelegenheit von solchen Hofschrannen gefallen lassen. Ich bringe dieses zur öffentlichen Kenntniß um zu beweisen, wie wenige aus dem Publikum man an diesen wichtigen Staatsverhandlungen Theil nehmen lassen will.

Wien, am 11. Juli 1848.

Maximilian F a h n.

Die Nationalgarde erhält heute Patronen und zwar per Mann 15 Stück; auch werden derselben noch Haubigen oder Kanonen gegeben, und zwar auf das energische Einschreiten des Ausschusses.

Der berüchtigte Artikel in der Nürnberger Zeitung hat nach eigener Aussage Herrn Endlich zum Verfasser.

Bei einer sehr hohen Person wurde die Aeußerung gemacht: „Nun, euer Ausschuss wird doch nicht bestehen, und dafür, daß er aufgelöst wird, hat schon das Plakat gesorgt, und seid versichert, daß in acht Tagen die Stimmung eine ganz andere sein wird.“

Es geht das Gerücht, daß in Graz und Olmütz die Nationalgarde entwaffnet worden ist, was aber gänzlich unwahr und eines von jenen Gerüchten ist, wodurch man eine künstliche Aufregung hervorbringen möchte.

Von der „deutschen Studentenzeitung,“ ist die 1. Nummer am 5. Juli zu Göttingen erschienen, die Redaction wird unter Verantwortlichkeit des Dr. Hartmann von einem Studenten-Ausschusse geleitet, bei dessen Bildung die verschiedenen Parteien möglichst gleichmäßig berücksichtigt sind. Vorläufig sind zu diesem Ausschusse die Studiosen Hertel, Lahmeyer, Lauenstein, Peters, Piepra, Sattler, Wagner zusammengetreten.

Der König von Preußen will nicht eher von Potsdam nach Berlin zurückkehren, bis die durch die Aushebung und Vernichtung der Thorgrüter am k. Schlosse begangene „Belaidigung und Verletzung des k. Hausrechts“ gesühnt sei.

Die Wiener Zeitungsexpedition ist die elendeste in der Welt, das ganze Postwesen geht unter Hofrath Ottenfels zu Grunde. Die Besizer sogenannter Erb-Postämter weigern sich Pränumeration auf Zeitungen anzunehmen und diese zu versenden, da sie dafür keine Vergütung erhalten. Der Herr Hofrath wird noch ernsthafteste Demonstrationen hervorgerufen, er spielt eine Art Censor, beeinträchtigt unser Eigenthum und bringt die Abonnenten um's Geld.

Die Expedition sowohl der abgehenden als anlangenden Zeitungen Seitens der Postverwaltung ist eine so über alle Begriffe erbärmlich schlechte, alle Klagen und Beschwerden so gänzlich fruchtlos, daß wohl nichts übrig bleiben wird, als von sämtlichen Redactionen, Journalisten, Zeitungsträgern, Buchdruckern und Buchhändlern der löblichen k. k. Oberhofpostverwaltung eine feierliche Monstre-Ragenmusik zu bringen, deren energischer Ausdrücken eise sie die Ohren wohl nicht verschließen dürfte.

Börsenbericht vom 12. Juli 1848.

Metall. Obligat. zu 5%	72	Anlehen vom Jahre 1834	119	Esterházy Lose a 20 fl.	19	Glognitzer Actien	92
„ „ „ 4%	62	„ „ „ 1839	81	Waldsteinsche Lose	16	Pesther	64
„ „ „ 3%	40	Esterházy Lose a 40 fl.	49 1/2	Nordbahn-Actien	104 1/2	Gmundner	168
Bank-Actien	1090	Windischgrätz Lose	16	Mailänder	64	Dampfschiff	480

Man pränumeriert in Wien im Jakobshof Nr. 796 mit 1 fl. C. M. monatlich, 3 fl. vierteljährig und 6 fl. halbjährig. — In den Provinzen bei allen Postämtern, vierteljährig 4 fl. 6 kr., halbjährig 8 fl. 12 kr., ohne Unterschied der Entfernung. Einrückungen aller Art werden angenommen im Redaktions-Bureau, Kohlmarkt Nr. 260, 2. Stock.